

**BERICHT**  
**DER**  
**SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI**  
**U N G A R N S**  
**AN DEN INTERNATIONALEN SOZIA-**  
**LISTENKONGRESS 1914 ZU WIEN**

## Die politische Lage.

Die Zeit zwischen Kopenhagen und Stuttgart nannten wir in dem Berichte an den Kopenhagener Kongreß: *die Zeit der schweren Prüfungen für unsere Partei*. Aus dem vorliegenden Berichte ist ersichtlich, daß wir darüber noch nicht hinweg sind. Und wenn wir sehen, von welch schweren Klassenkämpfen das Land im letzten Dezennium erfaßt wurde, denken wir unwillkürlich an dem Ausspruch Kautskys, nach welchem die Demokratisierung eines Staates nunmehr immer schwieriger sich gestaltet dort, wo dieselbe bisher verabsäumt wurde.

Im Jahre 1910 kam eine neue Regierung und eine neue Partei ans Ruder. Khuen und seine Anhänger kamen mit Hilfe demokratischer Schlagworte zur Herrschaft. Seine Vorgängerin, die Koalition, wurde durch den Verrat an der Wahlreform hinweggefegt. Die neue Regierung setzte den politischen Schwindel fort. Die politische Krise wurde ständig und verschlang den mit allen Salben geschmierten Betrüger Khuen. An seiner Stelle rückte Europas größter Panamist: *Lukács*. Daß sich dieser Mann ein Jahr lang, ja überhaupt an der Regierung halten konnte, bleibt ein unverwischbarer Schandfleck des Landes.

Schwere Kämpfe mußte die Sozialdemokratie Ungarns durchmachen, um zu erreichen, die Frage des allgemeinen Wahlrechtes auf der Tagesordnung des in weitverzweigte Irrgänge und in tiefen Sumpf geratenen politischen Tohuwabohu als einzigen Ausweg und richtunggebend zu erhalten.

Der unermüdlichen Agitation unserer Partei ist es zu danken, daß die nunmehr in die Opposition gedrückten Männer der alten Koalition endlich ihre furchtbaren politischen Versäumnisse einsehend, die Sache des demokratischen Wahlrechtes auch zu der ihrigen machten. Aber zu spät, denn schon hatte Tißa die Zügel der Regierung an sich gerissen, um durch einen feudalreaktionären Staatsstreich die demokratische Wahlreform zu Falle zu bringen. Dieser blindwütigen Gegenrevolution stellte sich die Arbeiterschaft am denkwürdigen 23. Mai 1912, Blut und Leben zu opfern bereit, entgegen. Die Reaktion erwies sich im Bunde mit dem österreichischen Militarismus, der durch die Balkanwirren stark in den Vordergrund trat, stärker als wir. Der Ministerpräsident Graf Tißa siegte und trat die eigene Nation mit Füßen. Er zertrümmerte und vernichtete die letzten Reste der noch bestehenden Freiheiten. Der vormärzliche Absolutismus grassiert auf der ganzen Linie.

Das ist die kurzgeschilderte Geschichte der politischen Ereignisse in Ungarn seit Kopenhagen. Diese Ereignisse bieten jedoch für den historischen Klassenkampf solch hervorragend charakteristische Einzelheiten, daß wir auch auf dieselben eingehen müssen.

Der 23. Mai 1912.

Unsere Berichtsperiode faßt die an revolutionären Ausbrüchen reiche Kulmination eines ununterbrochenen zehnjährigen Kampfes in sich.

Vor zehn Jahren stellte das Széll-Regime die einem Attentat gleichkommende Forderung auf, daß dieses unter dem feudalen Joche schmachttende, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht noch immer minorene Land und sein geknechtetes Volk mehr Soldaten und mehr Kanonen für König und Armee opfern möge. Die sozialdemokratische Partei Ungarns nahm mutig den Kampf auf, der ihr durch das Prinzip des Klassenkampfes diktiert ist, und nur auf die eigene Kraft sich stützend, stellte auch sie sich auf den von der Sozialdemokratie in allen Ländern festgelegten Standpunkt: „Diesem System keinen Mann und keinen Heller!“ Im Geiste der Lehren der größten Meister und besten Vorkämpfer der Sozialdemokratie zogen wir in den Kampf, und gegenüber der Forderung auf Vermehrung von Soldaten und Kanonen für den König, also seiner „effektiven verfassungsmäßigen Wehrkraft“, forderten wir: *Rechte für das Volk*.

In diesem Kampfe stand die organisierte Arbeiterschaft Ungarns jahrelang allein in der Feuerlinie. Aber ihre Stellungnahme war durch die wirklichen Bedürfnisse des Landes unerschütterlich begründet und berechtigt — und dementsprechend war natürlich auch die Wirkung dieser Stellungnahme —, daß bald sogar aus der Thronrede in Form eines königlichen Programms vernommen werden konnte, daß man selbst allerhöchsten Ortes — wenigstens scheinbar — in dieser Forderung einwilligte. In schweren Kämpfen und um den Preis zahlloser Opfer eroberten wir für unseren Standpunkt einen beträchtlichen Teil der Bürgerlichen und nur diejenigen blieben noch im feindlichen Lager, die für den Fall einer demokratischen Umgestaltung am meisten zu fürchten hatten.

So gerieten beide Gesellschaftsklassen dieses Landes aneinander, wovon die eine die Arbeit, die Produktion und die Kultur, die andere — die Feudalen und ihr Klüngel — die traditionelle Volksunterdrückung, die Nichtstuerei, den Wucher und den Raub repräsentiert. Und von dieser Gesellschaftsschichte aus, die in ihrer Verstocktheit kein Mittel scheute und selbst zum Staatsputsch bereit war, schien die Frucht jahrzehntelanger bitterschwerer Agitationsarbeit des ungarländischen Proletariat, die Sache des ehrlichen Wahlrechtes, ernstlich gefährdet.

Diese Tatsachen drängten die Arbeiterschaft Budapests in die Vorgänge des 23. Mai hinein.

Im Kampfe um das ehrliche Wahlrecht hatten wir bereits sämtliche Mittel der friedlichen und „gesetzlichen“ Agitation erschöpft, ohne jedoch erreicht zu haben, daß die weisen Regierungen ernst erwogen hätten, daß die erbitterte Arbeiterschaft schließlich *gezwungen* sein wird, zu anderen Mitteln zu greifen. *Zwei Monate vor dem 23. Mai* — am Montag, den 4. März 1912 — zogen 100.000 Personen aus den Fabriken der Hauptstadt, um in friedlichem, diszipliniertem Aufmarsch noch einmal zu bekunden, wie fest sie entschlossen sind, für das ehrliche Wahlrecht zu kämpfen. Auch das imponierte der Khuen-Regierung nicht. Wohl trollte sie sich vom Staatsruder, aber bloß deshalb, weil sie in einer nebensächlichen Frage eine Schlappe erlitt. Der nun folgende *Ministerpräsident Lukács* aber setzte die Spitzfindigkeiten in einer alle seine Vorgänger in den Schatten stellenden Weise fort und spielte die niederträchtigsten, auf die Foppung der Wahlrechtskämpfer abgezielten Konödien. Als Lukács — dieser rückgratlose Diener der Feudalen — sah, daß er mit seinen Plänen nichts ausrichten kann, übertrug er für die Folge die wirkliche Führung der Dinge seinem eigentlichen Herrn und Gebieter: *Stephan Tisza*.

Das Erscheinen des Grafen Stephan Tisza auf dem Schauplatz des politischen „Handelns“ schuf eine klare Situation. Zum Zwecke der Unterdrückung der Volksrechte verbündete er sich mit der Dynastie und mit ihrem Militarismus, und mit dieser Hilfe sollte selbst dieses Scheinparlament — dessen Opposition den Regierungsplänen im Wege stand — zerschlagen und zertreten werden. Ein anständiger Politiker hätte sich zur Durchführung einer solchen wahrhaftig „revolutionären“ Schurkerei schwerlich hergegeben, es drängte sich also Tisza selbst auf den Präsidentensitz des Parlaments, um so die Handhabung der Hausordnung in höchst eigener Person zu besorgen.

Am 21. *Mai 1912* richtete die Parteileitung an die arbeitende Bevölkerung der Hauptstadt einen Aufruf, der nicht mehr in dem Tone des „Friedens“ und der „Gesetzlichkeit“ gehalten war:

„In dem Momente die Seelenkäufer und die für Geld gekaufte Bande ein mörderisches Attentat gegen das allgemeine Wahlrecht begehen will, stellt die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Arbeit ein, zieht hinaus auf die Straße, stellt sich ihren Unterdrückern entgegen und züchtigt diejenigen, die diese Lebensader des Volkes durchschneiden wollen...“

So sprachen wir zur Arbeiterschaft, so mußten wir sprechen, denn die schamlose Zudringlichkeit, mit welcher Tisza den Präsidentensitz beschlagnahmte, bewies deutlicher als sonst, daß man unsere Aktion für die Dringlichkeit der

*Wahlreform vor den Militärvorlagen* — wofür wir ein Jahrzehnt hindurch unentwegt kämpften und opferten — *nahe dem Ziele vernichten will.*

Und die Ereignisse vom 23. Mai zeigten, wie getreu die wahren Gefühle der Arbeiter in unserem Manifest zum Ausdruck gebracht wurden. Die Arbeiterschaft *züchtigte* ihre verstockten Feinde in exemplarischer Weise... Am 23. Mai brauste ein Sturm der revolutionären Erhebung durch die Straßen der Hauptstadt! Es war wohl nicht unsere Absicht, die Arbeiterschaft zur Revolution aufzurufen; ist es uns doch kraft unserer sozialistischen Erkenntnisse klar, daß die eigentliche Entscheidung in dem Kampfe ums Wahlrecht auch von solchen Kräften abhängt, über welche hierzulande die schwache industrielle Arbeiterschaft allein leider noch nicht verfügt und welche — da selbst die parlamentarische Opposition noch in Sektionen getrennt war — damals auch gar nicht in den Kampf zu führen gewesen wären. Wir wollten nicht mehr als das, was wir in unserem Aufrufe betonten. Wir wußten, daß die Geduld der ungarischen Arbeiterschaft eine Grenze hat, und daß man sie mit den zahllosen gegen sie verübten Schurkereien bereits an diese Grenze getrieben. *Am 23. Mai riefen wir die Arbeiterschaft vor das Parlament*, auf daß gegenüber den offenkundigen volksfeindlichen Plänen Tiszas auch das arbeitende Volk seinem wirklichen Willen Ausdruck verleihen möge. Die Regierung und der ihr stets dienstfertige Budapester Oberstadthauptmann wollten in der gewohnten Weise und mit den bekannten Mitteln unsere Demonstration vereiteln. Die Herren glaubten, mit dem „Pöbel“ spielend fertig zu werden. Aber die Tatsachen bewiesen ganz anderes. Schon in den ersten Vormittagsstunden erwiesen sich die Polizeikosaken gegenüber dem Willen der Massen als zu schwach. Mit der bekannten Disziplin, Besonnenheit und Kaltblütigkeit der Arbeiterschaft, die sich angesichts der Brutalitäten der Budapester Polizeikosaken schon oft zu bezähmen und zu mäßigen wußte, war es an diesem Tage vorbei. An diesem Tage wehrten sich die aus allen Teilen der Stadt dem Parlamentsgebäude zuströmenden Arbeiter gegen die wütenden Polizeischergen: mit allem, was ihnen eben als Wehrmittel zur Hand war... Und es fielen auch im Salvenfeuer einige der Kämpfer... Im Laufe des Vormittags eilte die Budapester Garnison der Polizei zu Hilfe, diese wieder erhielt aus der Provinz Verstärkung. Aber auch die konzentrierte bewaffnete Macht erwies sich den Massen gegenüber als zu schwach. *Am 23. Mai war die Stadt von früh morgens bis spät abends der Schauplatz von Steinbombardements, Salvenschüssen und Barrikadenkämpfen. Noch vor der Mittagsstunde stockte der gesamte Straßenbahnverkehr; die Geschäfte waren auf der ganzen Linie geschlossen, wie an einem Feiertage, es war aller-*

*dings ein trauriger Feiertag, diktiert von der entfesselten Leidenschaft und dem zum äußersten entschlossenen Willen des um seine Rechte ringenden Volkes. In den Abendstunden erstreckte sich der Kampf bereits bis in die äußeren Teile der Hauptstadt. Die schauerliche Finsternis, in welcher sich diese Stadtteile an diesem Abend befanden, wurde nur durch das schreckliche Licht unterbrochen, welches das aus den Röhren der zerstörten Gaskandelaber ausströmende und in lodernden Fackeln brennende Leuchtgas verbreitete.*

Die ausführliche Schilderung der Ereignisse dieses Tages gehört nicht in den Rahmen dieses Berichtes. Was wir jedoch an dieser Stelle registrieren müssen, das ist der traurige Umstand, daß *am Abend des 23. Mai 1912 in den hauptstädtischen Spitälern Hunderte und Aberhunderte von Verwundeten des revolutionären Tages untergebracht wurden.* Wer Gelegenheit hatte, einige dieser Verwundeten zu sehen, oder wer die hierauf bezüglichen Berichte der mit uns gewiß nicht sympathisierenden bürgerlichen Zeitungen las, der konnte sich von dem bestialischen Wüten der Polizeihorde einen annähernden Begriff verschaffen. Viele Arbeiter wurden von den mit scharfgeschliffenem Säbel arbeitenden „Ordnungsmachern“ so verwundet, daß sie lange Zeit hindurch arbeitsunfähig blieben; viele wurden derart arg zugerichtet, daß sie ihre Arbeitsfähigkeit vielleicht überhaupt nicht mehr zurückerlangen.

Am 23. Mai hatte die ungarische Demokratie, die Sache des ehrlichen Wahlrechtes auch Tote. Uns Leben kamen: *Ignaz Gálsiz*, Holzarbeiter, 38 Jahre alt; *Nikola Risztoff*, Gärtner aus Bulgarien; *Alexander Hatyina*, Bauarbeiter, 18 Jahre alt; *Julius Rosta*, Straßenreiniger, 12 Jahre alt und *Ilona Persztik*, Arbeiterin, 19 Jahre alt.

Drei Tage später, am Pfingstsonntag, begrub die arbeitende Bevölkerung der Hauptstadt vier dieser Toten und bestreute der letzten Weg mit den blutroten Blumen der Pietät, der unauslöschlichen Verehrung und des ehrenden Gedenkens.

In den späten Abendstunden des 23. Mai erschien ein Manifest der Parteileitung an die Budapester Arbeiterschaft, in welchem diese aufgefordert wurde, am nächsten Tage ihre regelmäßigen Arbeiten vorläufig weiter zu versehen. Das Manifest konnte mit Recht feststellen, daß: „am ersten Tage der „Präsidenschaft“ Stephan Tiszas die Obstruktion im Parlament ungestört in Aktion war und die Wehrreformvorlage gar nicht zur Sprache kam; vorläufig retirierte die parlamentarische Gewalt vor der „Gewalt der Straße“. Das Manifest konnte weiter *den Tatsachen entsprechend* konstatieren: „*Der blutige Donnerstag hat gezeigt, daß man ohne Gewährung der Volksrechte nur unter dem Schutze des Ausnahmezustandes in diesem Lande regieren kann...*“

Die Presse der ganzen Welt widmete den Ereignissen vom 23. Mai verständige Sympathie. Unsere ausländischen Bruderparteien überhäufte die ungarländische Arbeiterschaft gleichfalls mit Sympathiekundgebungen. Während im ungarischen Junkerparlament Tisza damit imponieren wollte, indem er selbst angesichts der großen Ereignisse auf der Straße die „Beratungen“ fortsetzen ließ, ergriff Gen. Dr. Viktor Adler in dem obwohl „fremden“, aber *auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten österreichischen Parlament* für die ungarische Arbeiterschaft das Wort und geißelte mit überaus scharfen Worten die verübten Schurkereien. Genosse Adler sagte unter anderem folgendes:

„Während das Haus hier Beratungen pflegt, wird in Budapest auf das Volk geschossen; die Polizei attackierte eine friedliche Wahlrechtsdemonstration der Budapester Arbeiterschaft und laut den letzten Depeschen hat dieser Kampf nun schon vier Tote und über 60 Verwundete (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Kampf wird unter der Maske der Wehrreform geführt, in Wirklichkeit jedoch ist es der *Wunsch der in Ungarn herrschenden Magnatenclique*, die Wahlrechtsreform, das Recht des ungarischen Volkes auf Stimmberechtigung zu unterschlagen. (Lebhafter Beifall bei den Genossen.) Hinter dem, was im ungarischen Parlament geschieht und worüber ich hier weder Kritik üben noch ein Urteil fällen will, hinter der Unterdrückung der Obstruktion steckt — als eigentliches historisches Faktum — der Verrat des durch den König im Jahre 1905 dem ungarischen Volke versprochenen Wahlrechtes. (Lebhafte Zustimmung.) *Seit 1905 werden dem Volke und der Arbeiterklasse ohne Unterschied der Nationalitäten Versprechungen gemacht; bald werden sie angelockt, bald auf die Seite gestoßen, aber immer werden sie betrogen und verraten.* Es ist also kein Wunder, wenn in dieser entscheidenden Phase jene Arbeiterschaft, die nicht betrügt, die nicht wortbrüchig ist, seinem Rechte getreu, seiner Pflicht entsprechend auf die Straße geht und demonstriert. Und nun werden zur Unterdrückung dieser Demonstration, einer ganz friedlich geplanten Manifestation des Volkes für sein Recht, nicht nur die Werkzeuge der Magnatenbande und der Budapester Stadtclique, die Polizisten, verwendet, sondern *auch die gemeinsame Armee.* (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser gemeinsamen Armee und deren Verwendung haben jedoch auch wir ein Wort dreinzureden. Die gemeinsame Armee wurde anfangs im Hintergrunde gehalten. Die letzten Telegramme beweisen jedoch, daß man auch die Hilfe des Militärs in Anspruch nahm, welches nun mit blankem Säbel kämpft. (Stürmischer Protest bei den Sozialdemokraten.) Wir kön-

nen hier vollberechtigt fordern, daß *das Präsidium des Hauses* der Regierung zur Kenntnis bringe, *das österreichische Parlament sei nicht geneigt, es zu dulden*, daß man die Soldaten, die auch von unserem Gelde erhalten werden, *zum Brudermord verwendet*. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage daher den Herrn Präsidenten, ob er geneigt ist, diese seine Pflicht zu erfüllen und *namens des Hauses die Regierung aufzufordern*, zu erwirken, daß die militärische Hilfe verweigert werde. Ich frage weiter den Herrn Präsidenten, ob er es für möglich hält, daß sich ein Ausschuß des Parlaments mit der Wehrreform beschäftigen soll, während *im Zeichen der Wehrreform — obwohl bloß unter der Maske derselben —* in den Straßen **Budapests Bürger gemordet werden**, und ob er geneigt ist, mit dem Präsidenten des Wehrausschusses in Verbindung zu treten und dafür zu sorgen, daß der Wehrausschuß solange nicht einberufen werde, solange in **Budapest die Gefahr des Massenmordes besteht**.“ (Lebhafte Zustimmung und Applaus bei den Sozialdemokraten.)

So sprach Genosse Adler, und während der Geszter Junker im ungarischen Parlament bei der gleichen Gelegenheit erklärte, „das Parlament sei kein Wohlfahrtsausschuß“, drückte der Präsident des Wiener Reichsrates über die Budapester Ereignisse *sein Bedauern* aus, und obwohl er der Ansicht war, das österreichische Parlament sei nicht berechtigt, dem Ministerium die im Adlerschen Antrag gewünschte Direktive zu erteilen, sah er sich dennoch veranlaßt, festzustellen, daß die anwesenden Minister den Wunsch Adlers gehört haben.

\*

Nur soviel konnten wir in diesem engen Rahmen von dem ruhmvollen Auftreten der ungarischen Arbeiterschaft an diesem 23. Mai registrieren. Die weiteren Ereignisse beweisen, daß *dieser Tag der ungarischen Arbeiterschaft nicht bloß in revolutionären Beziehung zur Ehre gereicht, sondern auch von ihrer tiefwurzelnden politischen Reife Zeugenschaft ablegt*. Die Gefahr, welche der Sache des Wahlrechtes drohte, als Tisza die Oberhand gewann, wurde von keiner politischen Partei so rasch und so scharf erkannt wie von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft; mit diesem entschlossenen und mutigen Auftreten entlarvte die Arbeiterschaft die auf eine Gegenrevolution abgezielten Pläne der Tisza-Lukács-Horde rascher und wirksamer als alle Aufklärungsarbeit; jener Teil der Opposition aber, welcher das ehrliche Wahlrecht scheute, wurde dadurch an das bekannte *Wahlrechtsbündnis der oppositionellen Parteien* völlig angekettet.

Ungarns Arbeiterschaft kann also ruhigen Gewissens

sagen, daß sie in dem historisch wichtigen Moment *ihren Mann* stellte. Ihre absolute Entschlossenheit und Tapferkeit waren einem klassenbewußten Lager vollauf würdig.

\*

*Im Ausfluß der Demonstrationen* am 23. und 24. Mai 1912 wurden der Polizei über 300 Personen wegen „Aufruhrs“ bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Staatsanwaltschaft jedoch akzeptierte den Antrag nicht, sondern erhob *gegen 144 Demonstranten die Anklage* wegen Gewalttätigkeit gegen die Behörde und Private und wegen sonstiger kleinerer strafbarer Handlungen. Im Schubhause befanden sich 220 Demonstranten, die wegen „Ruhestörung“ statarisch zu 50 bis 100 Kronen Geldstrafe verurteilt wurden. Es kamen *insgesamt 195 Personen* unter Anklage. Gegen den übrigen verdächtigten Personen wurde die Untersuchung eingestellt. In der Hauptverhandlung, die am 30. September 1913 begann, wurden insgesamt bloß *23 Personen* zur Verantwortung gezogen. Am ersten Verhandlungstage ließ der Staatsanwalt gegen weitere drei Personen die Anklage fallen, einem minorennen Angeklagten wurde eine Rüge erteilt; 18 Personen wurden insgesamt zu *7 Jahren, 4 Monaten und 22 Tagen* verurteilt. Die Freigesprochenen waren zusammen *1 Jahr, 6 Monate und 7 Tage unschuldig in Haft*. In der Verhandlung am 15. Oktober wurde ein Angeklagter freigesprochen, die übrigen wurden zusammen zu *4 Jahren, 3 Monaten und 15 Tagen Freiheitsstrafe und zu 140 Kronen Geldstrafe* verurteilt. Am 30. Oktober ließ der Staatsanwalt gegen 8 Angeklagte die Klage fallen, zwei Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen wurden zusammen zu *einem Jahre und 2 Tagen Freiheitsstrafe und 140 Kronen Geldstrafe* verurteilt. In dieser Gruppe befanden sich die verdächtigen Personen zusammen *ein Jahr, 5 Monate und 16 Tage unschuldig in Haft*. Die vierte Gruppe der Angeklagten stand am 2. Dezember vor Gericht. 23 minorennen Angeklagte kamen vor das Jugendgericht, wo 20 dieser „Verbrecher“ zu insgesamt *77 Tagen Freiheitsstrafe und je 10 Kronen Geldstrafe* verurteilt wurden; drei wurden freigesprochen. Die fünfte Gruppe stand am 26. und 28. Mai vor Gericht und für die sechste Gruppe ist der Verhandlungstermin noch nicht festgesetzt.

\*

Das Vertrauen, welches durch die mächtige Gestaltung des 23. Mai — trotz der brutalen Hatz der Behörden — *in der Arbeiterschaft selbst* erweckt wurde, könnte durch nichts treffender und glänzender charakterisiert werden, als durch die Anführung der Tatsache, daß die ungarländische Arbeiterschaft in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraume von *zwei Monaten über 100.000 Kronen für die Opfer vom 23. Mai ge-*

sammelt hat. Eine solch großartige Dokumentierung der Solidarität und Opferwilligkeit beweist am besten, daß dieses Lager zu großer Mission berufen ist.

Insgesamt wurden 392 Personen unterstützt. Der Betrag, mit welchem die einzelnen Personen oder deren Angehörigen während ihrer Krankheit oder Haft unterstützt wurden, betrug 10, 20 oder 30 Kronen *pro Woche*.

Einzelnen gewährte die Parteileitung — wenn dies zweckmäßiger erschien — einen größeren Betrag als abfertigende Unterstützung. So erhielt ein verwundeter Lehrer — um sich kurieren lassen zu können — 600 K., ein Genosse 300 K. und zwei Personen bekamen je 150 Kronen als endgültige Unterstützung.

Derzeit werden noch immer *drei* Personen regelmäßig unterstützt. Sie erlitten nämlich solch schwere Verletzungen, daß sie *noch immer arbeitsunfähig sind*.

## II.

### Die Erdrosselung des ungarischen Parlaments.

Wie notwendig und berechtigt der Kampf ist, welchen wir seit Jahren um das Wahlrecht führen, dafür spricht am deutlichsten der Umstand, daß im ungarischen Klassenparlament der wirkliche Volkswille überhaupt nicht zum Ausdruck kommt; und das war auch die alleinige moralische Grundlage der parlamentarischen Obstruktion. Die Symptome der schweren Krankheit des ungarischen Parlaments zeigten sich im letzten Jahrzehnt in den verschiedensten Variationen und in unzähligen Fällen; aber alle diese Erscheinungen waren nur darauf zurückzuführen, daß das ungarische Parlament nicht als die wirkliche Vertretung des Landes, nicht als die Gesetzgebung der gesamten Bevölkerung betrachtet werden kann. Wer dieses schwere Uebel ehrlich sanieren hätte wollen, der hätte nicht die Unterdrückung der Obstruktion erstreben dürfen, sondern trachten müssen, daß das demokratische Wahlrecht je eher verwirklicht werde, damit *die Ursache der Obstruktion* verschwinde. Darauf war auch die Sympathie der arbeitenden Schichten des Landes und der von der Regierung unabhängigen öffentlichen Meinung für die Obstruktion zurückzuführen. Die kleine Gruppe der Panamisten ausgenommen, hielt es jedermann für gerecht und logisch, daß die auch im sonstigen einem Attentat gleichkommenden *Forderungen der Armeeführung solange nicht bewilligt werden dürfen, solange im Parlament nicht auch die arbeitenden Schichten des Landes das Wort bekommen*; treffen doch die schrecklichen Kosten der Geld- und Blutopfer in erster Linie und im größten Maße das arbeitende Volk.

Die riesige Kraft, mit welcher die Arbeiterschaft am 23. Mai in die Schranken trat, findet ebenfalls in dieser Auffassung

die richtige Erklärung. Und diesen Standpunkt der Arbeiterschaft machte sich nach dem 23. Mai die ganze parlamentarische Opposition zu eigen. Diese neuere und ausschlaggebende Stellungnahme kam in dem bekannten *Wahlrechtsübereinkommen der oppositionellen Parteien* zum Ausdruck. Die gesamte parlamentarische Opposition akzeptierte nämlich einen einheitlichen Wahlrechtsentwurf, wonach die Arbeiterschaft in solchem Maße zu ihren Rechten gelangt wäre, daß unsere Partei diesen Entwurf der Opposition *als das Minimum* der Forderungen der Arbeiterschaft betrachten konnte.

Die Verwirklichung dieses Wahlrechtsentwurfes — die Zahl der Wähler wäre in diesem Falle auf 2,400.000 gestiegen — hielt *Tisza* schon damals für eine solch große Gefahr, daß dieser „um sein Vaterland besorgte“ Held — anstatt hinsichtlich der demokratischen Forderungen Einigungen zu erstreben — *sich mit dem Wiener Militarismus verbündete*, um die Interessen des Landes mit der gehörigen Brutalität niedertreten zu können. In seiner Tollkühnheit und Abenteuerlichkeit inszenierte er *den 4. Juni 1912* mit allen hieraus folgenden Konsequenzen. „Der große Patriot“ ließ am 4. Juni die Abgeordneten durch Polizisten aus dem Parlament schleppen — zum größeren Ruhme der „tausendjährigen ungarischen Verfassung“ ... *Tisza*, der in seinem Leben soviel von der „Souveränität des ungarischen Staates“ faselte, machte einen *Polizeiinspektor* „zum Gouverneur des ungarischen Parlamentarismus“, damit er das Parlament — den „Ausdruck der Souveränität der Nation“ — tief unter das Niveau der letzten Butique drücke. Die öffentliche Meinung des Landes forderte neuere Rechte, eine stärkere, eine wirkliche Verfassung, *Tisza aber verschachtete auch die alte Verfassung, nur um die Gunst des Militarismus zu gewinnen*, um dieses Land unter der Herrschaft des seinen cäsarischen Gelüsten entsprechenden Absolutismus sehen zu können. Aber es ist gar nicht notwendig, daß wir Arbeiter über die verübten Niederträchtigkeiten urteilen; sind es doch die Klassengenossen *Tiszas*, die an diesen Menschen aus der eigenen Mitte mit Verachtung denken und die — wie die *Károlyis* wiederholt erklärten — wegen *Tisza* erröten müssen, und die — wie *Andrássy*, *Apponyi* und die übrigen nicht zu den Höflingen gehörenden *Magnaten* — *gegen Tisza den möglich schärfsten Kampf führen*.

*Tiszas* System und dessen unausbleiblichen Begleiterscheinungen drückten dem Lande den Stempel einer sehr düsteren Situation auf. Das ganze Land, vorwiegend aber die Hauptstadt, befand sich vom 4. Juni 1912 angefangen sozusagen im *Belagerungszustand*. Es steht außer Zweifel, daß *Tisza*, der „tapfere Mann“, in erster Reihe der hauptstädtischen Arbeiterschaft gegenüber gern seine vom Militarismus geborgt bekommenene Kraft zeigen wollte. Am 4. Juni und den nachfolgenden

Tagen bot die Hauptstadt das Bild einer vom Feinde okkupierten Stadt. *Laut den offiziellen Mitteilungen versahen in dieser Zeit in der Hauptstadt den Dienst: 47 Kompagnien Infanterie, 8 Eskadronen Kavallerie, etwa 1500 Polizisten und zirka 1000 aus der Provinz herkommandierte Gendarmen.* Außerdem standen als Reserve beständig in Bereitschaft: 13 Infanterieregimenter, 3 Regimenter Reiterei mit den entsprechenden Artillerie- und Maschinengewehr-Abteilungen. Am 8. Juni wendeten wir uns in einem *Manifest* in erster Reihe an die Arbeiterschaft der Hauptstadt, sie ersuchend, den beispiellosen Provokationen und dem wilden Terrorismus der Regierung gegenüber Kaltblütigkeit zu bewahren; sie möge sich angesichts der bewaffneten Armee vorläufig ruhig verhalten und sich für die weiteren Ereignisse und weiteren Kämpfe vorbereiten.

Bald darauf setzte das korrupte System des Absolutismus seine bekannten Werkzeuge in Betrieb. Der erste Schritt des Absolutismus nach dieser Richtung hin war eine Hatz gegen die nicht gekaufte *Presse*; selbstverständlich war die Spitze dieser Verfolgungen vorwiegend gegen uns Arbeiter gerichtet und wir bekamen auch den Löwenanteil davon. Vom 5. Juni 1912 angefangen kam es lange Zeit hindurch *nur äußerst selten vor, daß unser Tageblatt, die „Népszava“, nicht konfisziert worden wäre.* Als Kuriosum sei erwähnt, daß am 8. Juni die „Népszava“ *in drei Ausgaben* erscheinen mußte, da die Staatsanwaltschaft das Blatt zweimal hintereinander konfiszierte. Die Panamistenhorde begnügte sich jedoch mit dieser Art der Verfolgung nicht; sie setzte bei der Kommune durch, daß unserem Blatte *das Recht der Straßenkolportage entzogen wurde,* und — wofür in Ungarn bisher noch kein Beispiel zu finden war — *den Trafikanten wurde verboten, die „Népszava“ zu verschleifen.* Unsere Parteigenossen gaben auch auf diese Schurkerei eine entsprechende, der Sozialdemokratie würdige Antwort. Sie gingen mit einer solchen Energie und einem solchen Eifer an die Agitation für die „Népszava“, daß unsere tollen Feinde durchaus keine Ursache hatten, sich an der Wirkung ihrer Handlungen zu erfreuen. Die „Népszava“ *erstarbte* wie noch nie zuvor. Diesbezüglich verweisen wir übrigens auf die einschlägigen Daten unseres Kassenausweises.

Aber das System und die Schule Tizas konnte auch im sonstigen nicht lange ohne Folgen bleiben. Am 7. Juni feuerte im Parlament der *Abgeordnete Julius Kovács* gegen Tisza drei Revolverschüsse ab, eine weitere Kugel aber richtete er gegen sich selbst, welche diesen mutigen und furchtbar erbitterten Mann verwundete. Die Sympathie des Landes schmückte das Krankenlager des Julius Kovács mit Blumen. Einige Monate später wurde Julius Kovács *von dem Geschwornengericht von der gegen ihn erhobenen Klage einfach freigesprochen.* Eine solche Offenbarung der öffentlichen Meinung würden sich viel-

leicht sogar russische Regierungsmänner zur Lehre dienen lassen. Tisza setzte seine „Gesetzgeberei“ im Salzpanama-Parlament fort, und genau so wie er am 4. Juni die Militärvorlagen als „angenommen“ deklarierte, erhob er auch später die Hausordnungsreform zum „Gesetz“. Daß auch das Magnatenhaus den *solcherart* zustande gekommenen Gesetzen zustimmte und daß Tisza zu all dem sogar die *königliche Sanktion* erhielt, das kennzeichnet die öffentlichen Zustände Ungarns wohl am treffendsten.

Die Tisza-Lukács-Regierung bemühte sich auch fernerhin weiter die kranke parlamentarische Situation zu „kurieren“. Lukács — der nominelle Ministerpräsident — versuchte es während der Sommerpause wiederholt einerseits mit den oppositionellen Führern Verbindung zu bekommen, was jedoch jedesmal mit dem wohlverdienten Fußtritt der Zurückweisung endete. Andernteils bereitete er die Herbstarbeit des „Parlaments“ vor.

Am 10. September 1912 erklärte der Exekutivausschuß der Opposition in der Form eines Beschlusses, daß die durch Tisza oktroyierte Hausordnung *für die Opposition nicht bindend* sein kann und daß *die Verwirklichung des oppositionellen Wahlrechtsentwurfes, sowie die Versicherung der Preß- und Koalitionsfreiheit als die unerläßlichen Bedingungen für die normalen parlamentarischen Zustände betrachtet werden müssen*. Am 15. September hielten wir *in der Hauptstadt eine große Volksversammlung*, in welcher dieser Beschluß der Opposition zur Kenntnis genommen und gebilligt wurde; bei dieser Gelegenheit wurde die Opposition auch unsererseits aufgefordert, für den Fall, daß man diese ihre Bedingungen noch immer zurückweist, die Arbeit des Parlaments *auch weiterhin zu vereiteln*.

Am 17. September trat Tiszas Parlament wieder zusammen und schon nach zwei Tagen „parlamentarischer Arbeit“ konnten sich Lukács und Tisza gründlich davon überzeugen, inwieweit es ihnen gelungen ist, das ungarische Parlament zu „kurieren“ und „arbeitsfähig“ zu machen. Die skandalösen Szenen, die sich während dieser zwei Tage im Hause der Gesetzgebung abspielten, vermissen ihresgleichen und es wäre vergebene Mühe, dieselben hier charakterisieren zu wollen. Tisza hetzte die Polizisten wie wilde Bestien gegen die oppositionellen Abgeordneten; zwei Tage lang währte diese Rauferei, wobei einige Mamelucken, sowie der Herr Handelsminister nicht ohne den Bezug kräftiger Ohrfeigen ausgingen. Bei dieser Gelegenheit schleuderte der Abgeordnete Zoltán Désy dem Ministerpräsidenten die später vollkommen erwiesene Anklage ins Gesicht, er sei „der größte Panamist der Welt“, denn er *habe nahezu fünf Millionen Kronen aus der Staatskasse gestohlen* und damit die Mandate der Regierungsmameluken gekauft.

Unter dem Eindrucke der Ereignisse im Parlament erschien die arbeitende Bevölkerung der Hauptstadt am *Abend des 18. September auf der Straße*, um ihrem den Panamisten gegenüber gefühlten Ekel wieder Ausdruck zu verleihen. Wie bereits erwähnt, umschanzte sich die Regierung für alle Fälle mit einem Riesenaufgebot von bewaffneter Macht, und so ist es begreiflich, daß die Demonstration am 18. September mit *blutigen Zusammenstößen* endete. Nur um den Preis zahlreicher *Verwundungen und Verhaftungen* konnte die Demonstration unterdrückt werden. Nun entschloß sich die Opposition in der richtigen Erkenntnis der Dinge dazu, die Schurkereien der Regierungspartei auch *außerhalb der Landesgrenzen an den Pranger zu stellen*. Und sie bediente sich hiezu der für den 23. September nach Wien einberufenen Delegation; viele oppositionelle Abgeordnete reisten an diesem Tage nach Wien, um dort die Aufmerksamkeit des Auslandes auf das Treiben der Lukács-Tisza-Horde zu lenken. In Wien wurde die ungarische Opposition völlig gefeiert; bei ihrer Ankunft in Wien, sowie bei ihrer Rückkehr nach Budapest wurden die oppositionellen Abgeordneten von riesigen Volksmassen mit Begeisterung empfangen. Am 23. September veranstalteten auch unsere *Wiener Genossen eine Volksversammlung*, in welcher die Genossen *Winarsky* und *Ellenbogen* in wirkungsvollen Reden die Ereignisse in Ungarn besprachen und den ungarländischen Genossen Sympathie zusicherten. Wenn man an der kompetentesten und „allerhöchsten“ Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie trotzdem jene Gemeinheiten duldet, welche gewiß selbst einem Montenegro zur Schande gereichen würden, so müssen wie die Erklärung dafür in erster Linie in der gespannten *auswärtigen politischen Lage* suchen, worauf wir übrigens noch zu sprechen kommen. Wir wollen hier bloß noch konstatieren, daß Tisza in der Erdrosselung des ungarischen Parlaments — in Gemäßheit seines Versprechens, er werde „auf halbem Wege nicht stehen bleiben“ — noch weiterging. Am 10. Dezember 1912 ließ er in Anwesenheit von zirka zwei Dutzend Mameluken den Gesetzentwurf betreffend die Institution der mit Pistolen ausgerüsteten *Parlamentswache* annehmen. Für all diejenigen, die an dem Tiszaschen Wahnsinn keinen Anteil hatten, waren nach all dem die Akten betreffend die *Existenz des ungarischen Parlamentarismus* zuversichtlich abgeschlossen. *In dem heutigen ungarischen Parlament besitzt eine mit gestohlenem Gelde zusammengekaufte Interessengemeinschaft ein Mittel zu weiteren Gaunereien*. Wer fernerhin in Ungarn einen in europäischem Sinne gemeinten Parlamentarismus haben möchte, der muß damit beginnen, daß er *das Mamelukengesindel ausrotten und die einzige unentbehrliche Bedingung des Parlamentarismus, das ehrliche demokratische Wahlrecht, schafft!*

Diese Umgestaltung wird auch vor sich gehen, sobald man gezwungen sein wird, auf die Fragen eine ernste Antwort zu geben: *Wie lange noch vermag das Land diese Zustände zu ertragen, wie lange wird die österreichisch-ungarische Monarchie sich unter diesen Zuständen halten können* und wie lange noch kann es geduldet werden, daß man im größten Lande der Monarchie das Volk mit Gewalt- und Schandmitteln martert, welche das absolutistische System vom vor 1848 in den Schatten stellen?!

### III.

#### Gegen den Krieg.

Der oben geschilderte schreckliche Verfall der öffentlichen Zustände Ungarns wird uns nur so verständlich, wenn wir für die außerordentliche Situation, in welcher die Lukács-Tisza-Horde die einem Staatsputsch gleichkommende Zertrümmerung der Rechtsordnung des Landes unbehindert verüben konnte, die Erklärung suchen. Den Schlüssel dieser *Ausnahmsituation* können wir in erster Linie und hauptsächlich *in den auswärtigen politischen Komplikationen* finden.

Es ist doch sicherlich überflüssig, daß wir hier im besonderen erklären, wie wenig Vertrauen wir zu den Lenkern des Schiffes der österreichisch-ungarischen Monarchie haben. Dennoch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß diese Faktoren die planmäßige Ruinierung des größten Landes der Monarchie unter normalen Verhältnissen denn doch nicht so untätig dulden hätten können; es ist gar nicht anzunehmen, daß sie dem tollen Treiben der Lukács-Tisza-Horde in ruhigen Tagen keinen Damm gesetzt hätten. Aber die Herren von der Monarchieleitung führten „bedeutend größere Dinge“ im Schilde. Sie hatten es auf „Eroberungen“ und eventuelle „Siege auf dem Schlachtfelde“ abgesehen, und so ist es begreiflich, wenn ihnen keine Zeit übrig blieb, zu sehen, wie man mit barbarischer Unvernunft *das eroberte Territorium verwüstet*. Nur so ist es zu verstehen, daß diejenigen, denen der Absolutismus bei solcher Gelegenheit besonders liebwerte Familientradition ist, an der Schwelle schwerer politischer Komplikationen im Auslande zu den Vorgängen in Ungarn kaum etwas zu sagen hatten. Außerdem ist auch das Festhalten der sogenannten Wiener Kreise an Tisza sehr gut zu verstehen, weil sich doch Tisza und Lukács als gute Werkzeuge zur Schröpfung dieses ohnedies kümmerlich existierenden Landes bewährten, wie man sie, und hätte man noch so eifrig gesucht, nicht finden hätten können. Nur deshalb konnten Lukács und Tisza so ungestört grassieren, wie es unter normalen Verhältnissen überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Zahlreiche Gründe sprachen dafür, daß gerade die Bevölkerung der öster-

reichisch-ungarischen Monarchie bestrebt sein müssen, dem auf Eroberungspolitik sich *vorbereitenden Imperialismus* zu zeigen, wie sehr uns seine Pläne verhaßt sind und daß wir kein Opfer scheuen, welches geeignet ist, das die Menschlichkeit und die Kultur gefährdende Kriegsspiel nach Möglichkeit zu vereiteln. In erster Linie ist es unser sozialistisch-prinzipieller Standpunkt, welcher uns zum energischen Protest gegen jedes abenteuerliche Unternehmen veranlaßte, welches den Frieden und die sich entwickelnde Kultur der Völker gefährdet. In dieser unserer Anschauung kräftigte uns das Bewußtsein, daß der Schauplatz des geplanten Blutvergießens sich in unserer *unmittelbaren Nachbarschaft* befindet und wir somit um das Leben und um den Kulturbestand des ungarischen Proletariats besorgt sein mußten. Die *Gestaltung der politischen Ereignisse in Ungarn* haben uns ebenfalls seit Jahren gezeigt, daß *politische Komplikationen im Auslande in der inneren Politik Ungarns immer nur weitere Rechtlosigkeit und weitere Sklaverei bedeuten*. Das bosnische Abenteuer hatte schon einmal die Verschleppung des ehrlichen Wahlrechtes zur Folge, die Balkanwirren trugen wieder die Gefahr eines neueren Sturzes der Demokratie in sich. Schließlich wären es auch das beständige provokatorische Verhalten des Grafen Berchtold, sowie die gefährbringenden Feilgriffe dieses Herrn, die unseren Protest unerläßlich hervorriefen. In einem Manifest an die arbeitende Bevölkerung Ungarns protestierten wir und am 6. Oktober schon fanden in der *Hauptstadt drei große Volksversammlungen und in der Provinz 21 öffentliche Versammlungen zum Protest gegen die Kriegsvorbereitungen* statt.

An der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 28. Oktober 1912, deren Einberufung durch die ernste Gestaltung der auswärtigen politischen Komplikationen notwendig geworden war, nahmen auch die Vertreter unserer Partei teil. In Gemäßheit des Beschlusses dieser Sitzung veranstalteten wir — wie die Sozialdemokratie in allen Ländern — am 17. November 1912 *im ganzen Lande Demonstrationen gegen die Kriegsgefahr*. In Budapest fand eine *mit Demonstrationsumzug eingeleitete Volksversammlung* statt, in welcher im Auftrage des Internationalen Bureaus Genosse *Dr. Karl Liebknecht* aus Deutschland referierte; auch das Mitglied der österreichischen Delegation Genosse *Dr. Ellenbogen* ergriff in dieser denkwürdigen Versammlung das Wort.

An dem für den 24. und 25. November 1912 nach Basel einberufenen *außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongreß* gegen die Kriegsgefahr war die ungarländische Arbeiterschaft durch *siebzehn Delegierte* vertreten.

\*

Selbstverständlich nützte die Lukács-Tisza-Regierung auch die Kriegsgefahr nur dazu aus, die etwa noch entdeckba-

ren letzten Ueberreste der Rechte und Freiheiten des Volkes zu konfiszieren. Am 30. November 1912 unterbreiteten Lukács und Tisza ihrem Parlament drei auf den *Kriegszustand* bezügliche Gesetzentwürfe, welche für das Land das vollkommenste Statutarium bedeuten. Begründet wurden diese Entwürfe mit dem diese Herrschaft charakterisierenden Ausspruch, die neuen Maßnahmen seien „*ein seit langem gefühltes Bedürfnis*“ ...

Am 4. Dezember wollten wir in einer Volksversammlung gegen dieses neueste Attentat protestieren; unsere Versammlung wurde jedoch polizeilich *verboten*. Am 7. Dezember wurden die Entwürfe in Anwesenheit von 26 Regierungslakaien in der bekannten Weise „zum Gesetz erhoben“. Bei dieser Gelegenheit wurde der arbeitenden Bevölkerung Ungarns noch im besonderen ein „*Anschauungsunterricht*“ zuteil, aus dem sie ersehen konnte, daß: wenn der Imperialismus auf Eroberungspolitik auszieht, das Volk Gefahr läuft, *Blut, Geld und Menschenrechte auf einmal* zu verlieren.

#### IV.

### Die Wahlrechtsmißgeburt der Lukács-Tisza-Regierung. — Der Generalstreik.

Wirtschaftliche Krise und erschreckend große Arbeitslosigkeit, vermehrte und erhöhte Lasten für den Militarismus, die Balkanwirren und die Gefahr jeden Augenblick den Ausbruch der Kriegsbestie zu erwarten und dazu eine nicht abzuleugnende Abgespanntheit des Proletariats im Kampfe für ihre politischen Rechte — diese Situation wollte die Regierung benutzen, um das Land in einen förmlichen Belagerungszustand zu versetzen und jede politische Bewegung brutal zu unterdrücken, ehe sie ihre Wahlrechtsmißgeburt zur Welt brachte. Unser Zentralorgan, die „Népszava“, durchkreuzte diesen Kriegsplan, indem sie den Wechselbalg von einem Gesetzentwurf in seinem ganzen Umfange noch vor der Zeit ans Tageslicht brachte. Ein Sturm der Entrüstung durchtobte das Land ob der offenkundigen Provokation des gesamten Volkes, das auf Grund der gebrachten Opfer, nicht minder aber auf Grund der von höchster Stelle gemachten Versprechungen ein solches „Recht“ denn doch nicht erwartete. Lukács war nun recht kleinlaut geworden und stammelte Worte der Verlegenheit vorerst, als ob der von der „Népszava“ gebrachte Entwurf dem Original nicht entspreche, um später seine Schandtat öffentlich zu verteidigen. Wie mit einem Schlage war die Kampfbegeisterung von neuem entfacht und nun scharte sich das ganze Land zu einem mächtigen Heerlager gegen den geplanten Wahlrechtsraub. Selbst die Klerikalen, die Vertreter des feudalen Adels und des industriellen Kapitals erklärten ganz offen, daß dieser Wahlrechtsentwurf als ein frecher Faustschlag angesehen werden muß. „Auf Leben und

Tod!“ war der Titel einer Flugschrift (24. Dez. 1912) der Parteileitung, die nun zum entscheidenden Kampfe aufrief. Gleichzeitig wurde ein außerordentlicher Parteitag einberufen, auf dem die Entscheidung fallen sollte.

Am 28. Dezember erhielt Lukács die Vorsanktion zu seiner Schandvorlage und damit konnte man die Gesetzwerdung derselben bestimmt erwarten. Der Justizminister gab seine Demission, Abgeordnete traten aus der Regierungspartei aus und demonstrierten auf solche Art gegen die Schandvorlage.

Unterdessen organisierten wir im ganzen Lande zum Sturmangriff. Die Budapester Vertrauensleute beschlossen am 8. Januar, mit der Waffe des allgemeinen Streiks gegen den Entwurf kämpfen zu wollen, und dieser Beschluß wurde dem außerordentlichen Parteitag als Antrag vorgelegt. In der Gewißheit, daß dieser Antrag bestimmt angenommen wird, wurde schon mit den Vorbereitungen zum Massenstreik begonnen. Das Beispiel fand Nachahmung. Im ganzen Lande wurde fieberhaft gearbeitet und alles war einig in der Ueberzeugung, daß es zur Entscheidungsschlacht kommt: „Auf Leben und Tod!“

Der außerordentliche Parteitag tagte unter der herrlichsten Kampfesstimmung. Die Delegierten konnten alle schon berichten, daß wie in der Hauptstadt, so auch in den Provinzen helle Begeisterung für den entschiedenen Kampf herrscht. Von Minute zu Minute steigerte sich die Stimmung im Laufe des mächtig wirkenden Referates des Genossen Ernst *Garami*, der in seiner Resolution verlangte, daß *„der Kongreß die Parteileitung ermächtigte, den Kampf mit jenen Waffen zu führen, die sie von Fall zu Fall für gut findet und weist die Parteileitung an, im gegebenen Momente den auf das ganze Land sich zu erstreckenden Massenstreik zu proklamieren.“*

Einstimmig wurde diese Resolution angenommen und wie ein Mann erhoben sich die Delegierten des Kongresses und begleiteten das Abstimmungsresultat mit den Akkorden der „Marseillaise“, die als eine „Vorsanktion“ anderer Art die Luft durchbrauste . . . Innerhalb kurzer Zeit stand das Land gerüstet da. Unterdessen gelangte die Schandvorlage vor den parlamentarischen Ausschuß. Unter dem Eindrucke der Kampfkräftungen der Gesamtbevölkerung des Landes wurden einige Abänderung im Interesse der Industriearbeiter gemacht, aber die meisten Ungeheuerlichkeiten blieben unverändert.

Wann die Vorlage vor das Parlament kommen sollte, darüber blieb die Oeffentlichkeit im ungewissen. Diese Geheimtueri hatte selbstverständlich keinen anderen Zweck als die Vorlage nach der bekannten Methode im Verlaufe von *fünf Minuten* „Gesetz“ werden zu lassen.

Dabei wußte der Oberstadthauptmann von Budapest jetzt nicht, wie es eigentlich mit ihm werden soll. Boda ließ ellen-

lange blaue Plakate affizieren, aus deren Inhalt offenkundig wurde, daß ein großangelegtes *Blutbad* in Vorbereitung steht. Mit gemeinem Rechtsraub und mit gleichzeitiger *Zertrümmerung der Organisationen* sollte unsere jahrzehntelange Arbeit in echt betyärischer Weise vernichtet werden. Unsere bisherige Taktik und unsere Kämpfe in Betracht gezogen, wäre es absolut nicht logisch gewesen, vor den Verzweiflungssprüngen einer infam gewissenlosen Regierung zurückzuschrecken. Wir waren auch jetzt zu *welchem Opfer immer* bereit. Gerade nur zu Torheiten und solchen Schritten waren wir nicht bereit, welche zu verantworten ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Und *in den dem Ausbruch des Kampfes vorhergegangenen Ereignissen mußten viele solche Umstände in Anbetracht gezogen werden.*

Die ganze Armee stand bereit, den „inneren Feind“ niederzutreten. Wien schützte den Oberpanamisten Lukács mit aller Kraft und Macht und ließ erkennen, daß Wien und die Rechtsräuber zu *allem* entschlossen sind. Aus dem ergab sich als unumstößliches Gebot, daß, um die Sache des ehrlichen Wahlrechts zu retten, mit dem revolutionären Kampf *auf der Straße zugleich auch der Kampf im Parlament* einsetzen muß.

Auch der 23. Mai 1912 bot die Lehre, daß der *Straßenkampf ohne parlamentarisches Auftreten keine ganze Arbeit ist*. Aber wenn am 23. Mai die Revolution der Straße im Parlament noch keinen Widerhall fand, so konnten wir zufolge *der Ereignisse* mit Recht glauben, der bevorstehende Massenstreik werde *der Anfang, die Ergänzung, aber allenfalls ein Zubehör zur Parlamentsschlacht der Opposition sein.*

Aus den Unterhandlungen der Parteileitung mit der Parlamentsopposition ging leider hervor, daß in dieser Hinsicht auf seiten der Opposition *große Hindernisse* vorliegen. Die Parteileitung wartete bis zum letzten Augenblick *und erst als wir uns endgültig davon überzeugen mußten, daß wir auf den Kampf im Parlament nicht rechnen können*, haben wir den allgemeinen Streik *nicht proklamiert. Wir mußten so handeln, wie wir gehandelt* haben, weil wir im Falle einer anderen Stellungnahme für die Folgen derselben die Verantwortung nicht übernehmen hätten können.

Sofort nach der Annahme der Schandvorlage durch die Mamelukenhorde im Parlament sprach die Opposition einstimmig aus, daß sie *den Kampf gegen den Wahlrechtsewurf der Regierung auch in dem Falle, wenn er Gesetzeskraft erlangen sollte, mit voller Kraft fortsetzen werde*. Der 4. Juni 1913 fand den Oberpanamisten, den im Désy-Prozeß unbarmherzig hingerichteten Verbrecher, bereits auf dem politischen Misthaufen. Tisza, der „eigentliche Täter“ trat Lukács' Erbe an.

Wir sind in den beispiellos heftigen und schweren Käm-

pfen äußerst stark geworden. *Am 4. Juni 1913 war die Hauptstadt der Schauplatz riesiger Demonstrationen. Ein einziger Appell genügte und riesige Arbeitermassen verließen an diesem Tage die Fabriken und Werkstätten und zogen auf die Straße. Keine Spur von Erbitterung, von Verzweiflung oder Hoffnungslosigkeit.* Der Kampf wird unentwegt weitergeführt, um die Räuber der Volksrechte auszurotten.

## V.

### Die Vorbereitung zur Wahl.

Wenn auch die Vertrauensleute und die Parteivertretung sich darin einig waren, daß durch den Ausbruch des Generalstreiks mehr zu verlieren als zu gewinnen war und es deshalb besser wäre, ihn nicht zu proklamieren, die Genossen im Lande konnten sich so schnell mit diesem Gedanken nicht befreunden. Es bedurfte der größten Kraftanstrengung und äußersten Beredsamkeit, die Massen davon zu überzeugen, daß ein Generalstreik nicht den erhofften Erfolg, sondern nur Schaden hätte bringen können. Wenn Tißa vor den Rüstungen zum Generalstreik nicht erschreckt, der Ausbruch desselben hätte ihn auch nicht kirre gemacht, sondern ihn vielmehr Gelegenheit gegeben, seine Gewaltmaßregeln zu vervollkommen, jede freie Regung in Blut zu ersticken und auf Jahre hinaus brachzulegen. Diesen Gefallen konnten und durften wir ihm in Voraussicht des Kommenden nicht erweisen und wir setzten deshalb, trotz des Geheules der bürgerlichen Presse, die nun auf einmal und nicht ohne Wirkung auf die Massen für den Ausbruch des Generalstreiks Propaganda machte, unsere ganze Kraft ein, die Parteigenossen in der Fieberhitze der waghalsigen Entschlossenheit für das Klügere zu gewinnen. Und das gelang uns. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ kennzeichnete damals die Situation mit den Worten: *„Es gehörte mehr Mut dazu, den Generalstreik abzublasen, als ihn zu proklamieren!“*

In unzähligen Versammlungen in der Hauptstadt und in der Provinz wurden öffentliche Diskussionen darüber geführt und gleichlautende Resolutionen gefaßt, *den Generalstreik nicht jetzt, sondern zu günstigerer Zeit als Kampfmittel für die Rechte des Volkes in Angriff zu nehmen.* Das war die Formel, wodurch sich das Generalstreiksieber einigermaßen ohne Einbuße auf die Begeisterung für den Kampf selbst abkühlen ließ. Mit der Zeit kam man allgemein zur Erkenntnis, daß mit der Schaffung wenn auch noch so schlechten Wahlgesetzes unsere Partei den Kampf in anderer Art als bisher zu führen hat. Und nun stehen wir schon mitten in der veränderten Kampfesform und haben auch hierin die schönsten Erfolge aufzuweisen.

Im Frühjahr 1915 sollen auf Grund des neuen Wahl-

gesetzes Neuwahlen stattfinden. Tiša hegt die Hoffnung, dabei seine Position zu stärken und trachtet durch weiteren Raub an Freiheit und Recht den Boden für sich zu ebnen. Was die Verkehrtheiten des Gesetzes und die schlechte Wahlkreiseinteilung übrig ließ, das will er durch Stuhlrichterwillkür und seiner getreuen Mamelukenhorde noch ergänzen. Er ist fleißig an Werke und trifft Vorbereitungen zur Wahl. Deshalb schuf er in kurzer Zeit Gesetze, die er für den bevorstehenden Wahlkampf unentbehrlich findet. Er knebelte die Presse, setzte die Geschwornengerichte außer Kraft, schuf das Gesetz gegen republikanische Anwendungen der Staatsbürger, er verschärfte das Versammlungsrecht durch drakonische Verordnungen. Totenstille will er haben, wenn er ausziehen wird, das Land neuerdings zu erobern. Aber so sehr er das Bestreben hat, den Kampf gegen Reaktion und Korruption im Lande zu unterbinden, wir stehen ebenfalls auf dem Plan und winden uns durch die Fallen und Irrgänge der Verordnungen und Gesetze durch, um — wenn überhaupt möglich — so zum Ziele zu gelangen. Und die Begeisterung für diese Art des Kampfes wächst von Stunde zu Stunde, wir werden mit jedem Tage stärker. An Stelle der Demonstrationen und Straßenkämpfe trat vorläufig die Agitation für den bevorstehenden Wahlkampf und das Werben von Parteimitgliedern von Haus zu Haus. Einige Zahlen beweisen den Aufstieg unserer Partei: Im Sinne des neuen Gesetzes muß der Wähler lesen und schreiben, und das durch ein Zeugnis beweisen können. Zu diesem Zwecke amtierten behördliche Prüfungskommissionen. Auf unseren Ruf erschienen in der Hauptstadt allein 35.000 Arbeiter vor der Kommission. Auch in der Provinz geschah dies in entsprechendem Maße. Nun sollen die amtlichen Wählerlisten fertiggestellt werden. Um den Schwindel bei den Wählerlisten zu begegnen, erheben wir noch vor Fertigstellung der amtlichen Wählerliste die Wähler, um die Reklamationen erfolgreich üben zu können. Zu dieser Arbeit meldeten sich in der Hauptstadt allein 5000 Genossen, die an einem Tage 45.000 Fragebögen einholten. Mit dieser Wahlvorbereitungsarbeit geht der *innere* Aufbau unserer Partei einher. In Budapest wurden innerhalb der letzten Wochen 22 Bezirksorganisation gegründet, denen 102 Sektionen unterstellt sind, die ausschließlich Parteiarbeit leisten. Das Straßen- und Häuservertrauensmännersystem ist im Ausbau begriffen. Und ebenso geht es im ganzen Lande. Ueberall werden Parteiorganisationen gegründet und überall herrscht reges Parteileben wie nie zuvor. Kurzum: die Wahlvorbereitung zeitigte bisher das erfreuliche Resultat der inneren Stärkung der Partei und deren Ausbau zu einem mächtigen Körper, der zäh und ausdauernd den Kampf für die Bedürfnisse, für die Ideen, für die Ziele des internationalen, völkerbefreienden Sozialismus führen und vollenden wird.

## Einnahmen und Ausgaben der Parteisteuer und Sammlungen.

	Von 1907 bis 1910	Vom 15. März 1910 bis 15. März 1911	Vom 15. März 1911 bis 15. März 1912	Vom 15. März 1912 bis 15. März 1913	Vom 15. März 1913 bis 15. März 1914	Zusammen
	K r o n e n					
Einnahmen	245.351·60	97.993·08	77.044·33	98.778·33	106.801·43	380.617·17
Ausgaben	252.092·52	102.065·96	74.572·39	100.229·49	108.655·68	385·523·52

## Einnahmen und Ausgaben des Tageblattes „Népszava“ und der „Volksstimme“.

	Von 1907 bis 1910	Vom 15. März 1910 bis 15. März 1911	Vom 15. März 1911 bis 15. März 1912	Vom 15. März 1912 bis 15. März 1913	Vom 15. März 1913 bis 15. März 1914	Zusammen
	K r o n e n					
Einnahmen	1,100.090·56	435.102·26	531.783·73	714.836·95	658.556·68	2,340.279·62
Ausgaben	1,091.752·15	426.026·19	532.055·70	697.630·99	674.468·62	2,330.181·50

### Größere Posten der Ausgaben.

(Für Agitation, Zentral- und Provinzsekretariate und für Inhaftiertenunterstützung.)

	1910	1911	1912	1913	Zusammen
	K r o n e n				
Zentralsekretariat	22.821·65	22.345·38	26.027·48	30.478·75	101.673·26
Provinzsekretariate	6535·44	13.898—	17.827·40	25.208·80	63.469·64
Für Agitation . . . .	33.081·91	22.413·96	41.292·03	29.653·49	126.441·39
Inhaftiertenunterstützung . . . .	10.737·40	5106·80	4094·52	5436·60	25.375·32
Zusammen . . . . .	73.176·40	63.764·14	89.241·43	90.777·64	316.959·61

## Strafkonto der Partei (1910—1913).

	Vom 15. März 1910 bis 15. März 1911			Vom 15. März 1911 bis 15. März 1912			Vom 15. März 1912 bis 15. März 1913			Zusammen		
	Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag
Staatsgefängnis . . .	—	11	7	—	7	—	1	11	—	3	5	7
Gefängnis . . . . .	10	2	7	1	2	12	6	8	6	18	—	25
Kerker . . . . .	—	—	—	—	—	—	16	4	19	16	4	19
Geldstrafen . . . . .	Kronen 4710.—			Kronen 2530.—			Kronen 8130.—			Kronen 15.370.—		

## Strafprozesse.

Delikt	1911	1912	1913
Aufwiegelung . . . . .	3	31	12
Aufreizung . . . . .	9	—	—
Gewalttätigkeit gegen Behörden und Private . . . . .	17	2	177
Verleumdung und Ehrenbeleidigung	14	3	39
Politisieren ohne Kautions . . . . .	—	—	1
Von Verwaltungsbehörden erbrachte Urteile . . . . .	298	76	686
Zusammen . . .	341	112	915

## Frauenorganisation.

In Gemäßheit eines diesbezüglichen Parteitagbeschlusses bot die Parteileitung den Genossinnen die Möglichkeit, der Frauenorganisation das wichtigste und zugleich das zweckentsprechendste Agitationsmittel zu beschaffen: seit 1. November 1912 erscheint das Organ der Frauenorganisation „*Nőmunkás*“ (Arbeiterin) zweimal monatlich. Die Werbeaktion des Landes-Frauenkomitees für dieses Blatt war schon vor dessen Erscheinen von vielversprechendem Erfolg begleitet. Das Blatt erscheint jetzt in 6000 Exemplaren.

Die Tätigkeit des Landes-Frauenkomitees — das nach langer Pause im August 1912 wieder regelmäßig zu wirken begann — erstreckte sich auf:

	Budapest	Provinz
Frauenversammlungen — — — — —	22	13
Konferenzen — — — — —	119	42
Organisationssitzungen — — — — —	32	—
Sitzungen von Vertrauenspersonen — —	8	—
Gesamtsitzung der Vertrauenspersonen	1	—

Im Sinne des Beschlusses des letzten Internationalen Frauenkongresses hielten auch die ungarländischen Arbeiterinnen einen *Frauentag*, so wie es die Verhältnisse des Landes eben gestatteten. Eine „Frauen, erwachtet!“ betitelte Flugschrift wurde in 40.000 Exemplaren an die arbeitenden Frauen des Landes verbreitet. Anlässlich des in Budapest stattgefundenen feministischen Kongresses erschien unser Organ — „*Nőmunkás*“ — in größerem Umfange mit englischer und deutscher Beilage, um den in Budapest versammelten Vorkämpfern für Frauenrechte dieses Ungarn in seiner wahren Gestalt zu zeigen.

## Jugendorganisation.

Die Zentralorganisation der jugendlichen Arbeiter — ein mit der Pflege dieses Gebietes betrautes gemeinsames engeres Komitee der Parteileitung und des Gewerkschaftsrates — verfügt in der Hauptstadt über fünf funktionierende Gruppen. Außerdem besteht in Erzsébetfalva und Csepel je eine Ortsgruppe der Jugendarbeiterorganisation. Die Jugendlichen halten an acht Stellen Zusammenkünfte und Einzahlungen; an diesen Stellen wurden in der Berichtsperiode 586 Konferenzen und 198 Vorlesungen abgehalten. Die Jugendorganisation zählt *über 1200 regelmäßig einzahlende Mitglieder*. Bedeutend größer ist jedoch die Zahl der die Konferenzen und Vorlesungen besuchenden Jugendarbeiter. In der Provinz stößt die Organisation der jugendlichen Arbeiter auf große Hindernisse, weil diese in Ungarn überhaupt keine Koalitionsfreiheit genießen; aus demselben Grunde ist auch die Verbindung mit der Zentrale eine sehr mangelhafte. Nichtsdestoweniger befassen sich die Genossen in einzelnen Städten mit der Organisation und

Erziehung der Lehrlinge und haben auch schon selbständige Jugendorganisationen gegründet; so in Nagyvárad, Temesvár, Debrecen, Arad und anderen Städten. Sehr gute Dienste leistet in dieser vornehmen Kulturarbeit der Arbeiterbewegung das vorzüglich redigierte Organ, der „*Jugendarbeiter*“, dessen *Auflageziffer* zwischen 3100 und 3400 variiert. Hievon werden 2300 Exemplare von seiten der Gewerkschaften abonniert und unter den Gruppen, respektive Mitgliedern verbreitet. Außerdem hat das Blatt 300 Einzelabonnenten. Das Zentralkomitee läßt neustens auch den verschiedenen Vertrauensmännern und per Post auch den einzelnen Lehrlingen Blätter zugehen. Die Wirkung dessen zeigt sich auch, indem die Lehrlinge, die dieses Blatt einige Male lesen, sich bald der Jugendorganisation anschließen. Hier wird ihnen sodann neben Erziehung, Vorlesungen und Bibliotheksbenützung auch das Blatt, der „*Jugendarbeiter*“ („*Ifjumunkás*“) unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

### **Bildungsarbeit.**

Der vorjährige Parteitag überwies der Parteileitung einen Antrag, wonach der Unterricht in der Partei nach dem Muster ähnlicher Institutionen im Auslande organisiert und durch einen direkt hiefür angestellten Genossen — womöglich durch einen Pädagogen — geleitet werden soll. Die Durchführung dieses Antrages — der ohne Zweifel eine gründliche Reform der Erziehungsarbeit bedeuten würde — war bisher leider nicht möglich. Nichtsdestoweniger bildet dies eine unserer dringendsten Aufgaben für die nächste Zukunft. Bis dahin wird die Bildungsarbeit in den Organisationen durch ein aus dem Kreise der Parteileitung und des Gewerkschaftsrates zusammengesetztes Komitee organisiert und geleitet. Ueber die in der Hauptstadt gehaltenen Vorträge gibt folgender Ausweis Aufschluß:

Themen der Vorträge	Organisationen	Z a h l d e r Vorträge	Besucher
Sozialwissenschaft — — — —	24	80	13.978
Geschichte — — — — —	8	21	1.785
Naturwissenschaft — — — —	4	10	564
Volkswirtschaft — — — — —	5	15	1.349
Gewerkschaftsbewegung — —	12	28	2.545
Sozialpolitik — — — — —	12	17	1.067
Gesundheitswesen — — — —	19	37	3.706
Kunst, Literatur — — — —	5	8	910
Zusammen —		216	25.904

Außerdem wurden natürlich auch viele dem Bildungsausschuß nicht zur Kenntnis gebrachte Vortragsabende veranstaltet. In den Provinz-Parteiorganisationen wurden allein im letzten Jahre 904 Vorträge veranstaltet.

## **Verzeichnis der ungarländischen Parteipresse.**

„*Népszava*“, ungarisches Zentralorgan der Partei, erscheint, mit Ausnahme von Montag, täglich. Redaktion und Administration: Budapest, VIII., Conti-utca 4.

„*Volksstimme*“, deutsches Zentralorgan der Partei, erscheint wöchentlich dreimal, Redaktion und Administration: Budapest, VIII., Conti-utca 4.

„*Szocializmus*“, ungarische wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, erscheint monatlich einmal. Redaktion und Administration: Budapest, Conti-utca 4.

„*Nőmunkás*“ („*Arbeiterinnen-Zeitung*“), erscheint zweimal monatlich.

„*Ifjűmunkás*“, Organ der jugendlichen Arbeiter, erscheint monatlich einmal.

„*Adeverul*“, rumänisches Zentralorgan der Partei, erscheint wöchentlich einmal. Redaktion und Administration: Budapest, VIII., Conti-utca 4.

„*Narodni Rjecs*“, serbisches Zentralorgan der Partei, erscheint in Ujvidék wöchentlich einmal.

„*Slovenské Robotnické Noviny*“, slovakisches Zentralorgan der Partei, erscheint in Pozsony wöchentlich einmal. Pozsony, Vásár-tér 12, I.

„*Kassai Munkás*“, erscheint wöchentlich einmal. Kassa, Munkásotthon (Arbeiterheim), Deák Ferenc-utca 11.

„*Munkás*“ Lckalblatt der Pécs'er Genossen, erscheint wöchentlich einmal. Pécs, Zrinyi-utca 13.

„*Volkswille*“, Blatt der Temesvárer Genossen, erscheint wöchentlich zweimal. Temesvár, Nádor-utca 2. (Innere Stadt.)

„*Westungarische Volksstimme*“, Blatt der Pozsonyer Genossen, erscheint wöchentlich dreimal. Pozsony, Vásár-tér 12, I.

„*Nagyváradi Munkás-Ujság*“, Organ der Genossen in Nagyvárád, erscheint wöchentlich.

## **Die gewerkschaftliche Bewegung.**

### **a) Die Mitgliederbewegung.**

In 1913 gehörten dem Verbands des Gewerkschaftsrates 30 Landesorganisationen mit 920 Ortsgruppen und 8 lokale Organisationen an. Die Zahl der Landes- und der lokalen Organisationen weist gegenüber dem vorhergehenden Jahre keine Veränderung auf, hingegen ist die Zahl der Ortsgruppen um 37 gestiegen.

Am 31. Dezember 1913, beziehungsweise im letzten Quartal des Berichtsjahres, hatten die Organisationen 107.486 Mitglieder gegenüber 111.966 des Jahres 1912. Es bedeutet dies ein Zurückgehen um 4480 Mitglieder (4%), was in Anbetracht des

Umstandes, daß die Mitgliederzahl unserer Organisationen — bei den Buchdruckern nur ist dies nicht der Fall — nach den eingezahlten Wochenbeiträgen festgestellt wird, kein ungünstiges Ergebnis ist, da doch die Tausende Arbeitslosen Wochen, ja Monate hindurch keine Beiträge zahlten, ihrer Mitgliedsrechte jedoch deshalb nicht verlustig wurden. In Wirklichkeit ist daher die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen. Hiefür spricht auch der Umstand, daß die Durchschnitts-Mitgliederzahl von 103.807 auf 105.416 sich erhöhte.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug in 1913 6542, in 1912 waren es 6508, somit eine Erhöhung derselben um 34 zu konstatieren ist. Gegenüber den männlichen Mitgliedern sind die weiblichen zu 6.8 Prozent organisiert. Von den 107.486 ausgewiesenen Mitgliedern wohnen 59.133 (55.02%) in Budapest und Umgebung und 48.353 (44.98%) in der Provinz.

Von den Landesorganisationen ist der Verband der Eisen- und Metallarbeiter mit seinen 29.653 Mitgliedern (27.58% der Gesamtmitgliederzahl) der größte, nach ihm kommt der Verband der Bauarbeiter mit 11.963 Mitgliedern (11.13%), an dritter Stelle steht der Verband der Holzarbeiter mit 10.665 Mitgliedern (9.92%) und an vierter der Fachverein der Buchdrucker und Schriftgießer mit 10.556 Mitgliedern (9.82%).

Die meisten Mitglieder (2930) gewann der Verband der Eisen- und Metallarbeiter, was gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 10.96 Prozent bedeutet, sodann folgen die Bergarbeiter mit einer Erhöhung von 1362 Mitgliedern (72.56%). Das Mehr der übrigen Organisationen an Mitgliedern blieb unter 300. Hingegen hatten die Bauarbeiter einen Verlust von 4676 Mitgliedern (28.10%), die Feldarbeiter einen solchen von 1558 Mitgliedern (31.23%) und die Holzarbeiter einen solchen von 1360 Mitgliedern (11.11%) zu verzeichnen. Außerdem hatten noch neun Organisationen mehr-minder große Verluste an Mitgliedern. Wir wiederholen jedoch, daß diese Verluste nur scheinbare sind, weil nach dem von den Organisationen aufgestellten Berechnungsschlüssel ein gut Teil der Arbeitslosen nicht in Betracht gezogen wird, obwohl sie ihre Mitgliedsrechte nicht verlieren und bei Eintritt besserer Konjunktur auch die Zahl der Mitglieder sich erhöhen muß.

Ueber die *Mitgliederfluktuation* gibt folgende Zusammenstellung, zurückgehend bis auf das Jahr 1901, Aufschluß:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1901 — — — —	9.999	1908 — — — —	102.054
1902 — — — —	15.270	1909 — — — —	85.266
1903 — — — —	41.138	1910 — — — —	86.478
1904 — — — —	53.169	1911 — — — —	95.180
1905 — — — —	71.173	1912 — — — —	111.966
1906 — — — —	129.332	1913 — — — —	107.486
1907 — — — —	130.120		

Die Fluktuation der weiblichen Mitglieder gestaltete sich wie folgt: In 1906 5503, in 1907 6654, in 1908 5490, in 1909 5171, in 1910 5577, in 1911 5731, in 1912 6508 und in 1913 6542.

### b) Der Kassenstand.

	Kronen
Kassenstand am 31. Dezember 1912 — — — — —	673.084.77
Einnahmen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1913 —	2,493.496.99
Zusammen —	<u>3,166.581.76</u>
Ausgaben — — — — —	<u>2,537.831.71</u>
Verbleiben —	628.750.05
Bilanz der Ortsgruppen des Fachvereins der Buchdrucker (ist aus der vorjährigen Bilanz ausgeblieben) — — — — —	<u>10.191.29</u>
Kassenstand am 31. Dezember 1913 — — — — —	638.941.34
Vermögenswert des Inventars und Immobilien —	<u>2,803.910.40</u>
Gesamtvermögen —	3,442.851.74

Der Vermögensausweis der Organisationen, zurückgehend bis auf das Jahr 1901. zeigt folgendes Bild:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben in Kronen	Vermögensstand
1901	—	—	58.920
1902	—	—	68.311
1903	273.880	201.180	141.002
1904	846.820	706.520	667.056
1905	1,131.987	878.367	896.793
1906	1,680.059	1,330.208	1,246.643
1907	1,944.233	1,819.480	1,364.176
1908	1,762.106	1,932.224	1,194.058
1909	1,506.637	1,421.116	1,279.579
1910	1,792.027	1,645.508	1,426.098
1911	2,017.264	1,767.098	2,462.659
1912	2,333.806	2,201.893	3,196.932
1913	2,493.497	2,537.832	3,442.852

Die Detaillierung der im Jahre 1913 effektuierten Ausgaben:

	Kronen
Arbeitslosenunterstützung — — — — —	686.838.11
Reise- und Uebersiedlungsunterstützung — — —	63.998.74
Außerordentliche Unterstützung — — — — —	76.432.12
Beerdigungsbeitrag — — — — —	26.792.46
Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung — — —	279.721.37
Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung —	141.896.47
Rechtsschutz — — — — —	34.257.89
Unterricht — — — — —	38.555.20
Bibliothek — — — — —	15.415.77
Fachblätter — — — — —	131.780.43
Mieten — — — — —	178.819.71

Wohnungsinstandhaltung	— — — — —	38.349.66
Verwaltungskosten	— — — — —	264.708.88
Bureauausgaben	— — — — —	35.346.59
Inventar	— — — — —	42.558.70
Agitation	— — — — —	106.649.15
Unterhaltungen	— — — — —	21.798.68
Immobilien, Amortisation und anderweitige Ausgaben	— — — — —	343.911.78
Zusammen	—	2,537.831.71

### **Arbeitslosigkeit.**

In keinem Lande war die Arbeitslosigkeit so groß wie bei uns. Nach kaum fünfvierteljährigem wirtschaftlichen Aufstieg stockte schon im Herbst 1912 die Bautätigkeit. Die Fabriken reduzierten ihre Betriebe, die Banken entzogen dem wirtschaftlichen Leben ihre Kredite, in der Hoffnung auf fette Profite im Falle eines Krieges, der durch die unglückliche und zugleich gewissenlose Balkanpolitik der österreichisch-ungarischen Diplomatie stündlich möglich sein konnte.

Im Sinne eines Beschlusses einer Arbeitslosenversammlung wurden zu Beginn des Jahres 1913 die Arbeitslosen der Organisationen gezählt. In Budapest allein meldeten sich von 50.000 organisierten Arbeitern 10.000 solche als arbeitslos. Die Zahl der Arbeitslosen war aber noch größer, da man zweifellos annehmen konnte, daß sich nicht alle Arbeitslosen meldeten. Die Mitgliederzahl der Budapester Krankenkasse verringerte sich innerhalb fünf Monate um rund 40.000, die Mitgliederzahl der Landeskasse um 100.000. Das Massenelend nahm riesige Dimensionen an und schließlich hielten die Arbeitslosen zu wiederholtenmalen Versammlungen ab, die zu blutigen Demonstrationen führten.

Unter dem Eindrucke der Demonstrationen bewilligte die Regierung im Herbst des Jahres 1913 100.000 Kronen den Arbeitslosen von Budapest. Die Hauptstadt führte den Arbeitslosen zu Beginn des Jahres 1913 50.000 und im Monate Dezember desselben Jahres weitere 50.000 Kronen zu. Damit aber sollte nur der Schein gewahrt werden, als ob die beiden Behörden den Arbeitslosen helfen wollten, denn die diesbezüglichen Beschlüsse wurden auf dem eben im Interesse der Arbeitslosen einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongresses offiziell mitgeteilt, um die Gewerkschaften von einer größeren Aktion in dieser Frage mehr oder weniger abzuhalten.

Entgegen diesem Almosen der Regierung, die ein Budget von zwei Milliarden, und der Hauptstadt, die ein Budget von 150 Millionen hat, erfüllten die Gewerkschaften in anerkannter Weise ihre soziale Pflicht. Sie haben im Krisenjahre ihren Mitgliedern 827.270 Kronen an Arbeitslosen-, Reise- und

außerordentlichen Unterstützungen gegen 436.792 Kronen des vorhergehenden Jahres gewährt. Das bedeutet eine 88prozentige Erhöhung der Unterstützung in einem Jahre. Und diese Gewerkschaften, die in solch hervorragender Weise ihre soziale Tätigkeit entfalten, werden in barbarischer Weise von der Behörden unausgesetzt verfolgt.

Auf dem am 6. Dezember stattgefundenen außerordentlichen Gewerkschaftskongresse war in Vertretung der Regierung ein Ministerialrat und in Vertretung der Hauptstadt der Leiter des hauptstädtischen sozialpolitischen Ausschusses zugegen. Beide stellten auf dem Kongreß den Beginn von Notstands- und öffentlichen Arbeiten in Aussicht. Die Hauptstadt versprach sogar außerdem noch dauernde Unterstützung den Arbeitslosen. Die Referenten und Redner des Kongresses traten entschieden gegen Regierung und Hauptstadt auf und in der angenommenen Resolution wurde der *sofortige Beginn* der öffentlichen Arbeiten und die materielle Unterstützung der Arbeitslosen verlangt.

Auf Drängen der Arbeiterschaft wurden im März dieses Jahres die Arbeitslosen behördlich gezählt. 4500 organisierte Arbeiter gingen von Haus zu Haus und halfen bei der Ausfüllung der Fragebögen. Das Resultat war niederschmetternd: 30.000 Arbeitslose wurden in Budapest gezählt. Also amtlich bestätigt schien es nun, daß in Budapest, die Familienmitglieder mitinbegriffen, im Monate März 62.000 Menschen hungerten und ohne eigenes Verschulden dem größten Elend preisgegeben waren.

Die Regierung jedoch ist nicht imstande, die von der Arbeiterschaft und den Unternehmern einhellig geforderten öffentlichen Arbeiten auszugeben, weil sie von ihren zwei Milliarden, abzüglich der administrativen Ausgaben, jeden verfügbaren Heller für die Zwecke der Soldateska gab, ja sogar die von der Gesetzgebung den vor dem Bankrott stehenden Eisenbahnen zugewendeten 150.000.000 Kronen dem Moloch Militarismus gewissenlos in den Rachen warfen.

Infolge dieser völkermordenden Politik sind die Arbeiter noch immer zu Zehntausenden arbeitslos. Die Arbeitslosenversammlungen und -Demonstrationen haben bisher noch nicht aufgehört und beginnen immer wieder aufs neue. Erschwerend für dieses unhaltbare Verhältnis ist, daß die Regierung zur Festhaltung der Militärpflichtigen im Lande, außerordentlich strenge Auswanderungsmaßregeln erließ. Diese Maßregeln verschlechtern die Lage der Arbeitslosen nur noch mehr, weil sie vor dem Elend nun auch nicht mehr flüchten können. Die Folgen dieser wahnwitzigen Politik der Regierung lasten nicht nur auf die Arbeiter, sondern zu gleicher Zeit auch auf die ohnedies verkümmerte Industrie, die dadurch dem Zusammenbruch nahe ist.

## Die Genossenschaftsbewegung.

machte zufolge der beständigen Agitation in den Parteiorganisationen in den Jahren sehr erfreuliche Fortschritte. Der Jahresumsatz der *Allgemeinen Konsumgenossenschaft* stieg von 2,245.400.24 K. im Jahre 1911 auf 3,031.305.80 K. im Jahre 1912, die Zunahme beträgt somit 785.905.56 K. (34.99%). Die Fleischbank der Wekerle-Kolonie — die seit 8 Monaten besteht — ist an diesem Umsatz mit 116.812.01 K., die Fleischbank der Széchenyi-Kolonie — die seit 2 Monaten besteht — mit 12.769.92 K. beteiligt. Die Genossenschaft hat nämlich in den letzten zwei Jahren auch Fleisch- und Selchereibetriebe eröffnet, was zur Folge hatte, daß in der Umgebung dieser Genossenschaftsbetriebe auch im Privathandel das Fleisch um 10—20% billiger wurde. Die Eröffnung weiterer solcher Fleischbetriebe ist in Vorbereitung.

Die Werbeaktion für die Genossenschaftsbewegung ist von erfreulichem Erfolg begleitet. Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaft stieg von 16.265 im Jahre 1911 auf 22.447 im Jahre 1912 (+ 6182 = 38%). Das an Geschäftsanteilen eingezahlte Kapital stieg von 103.025.81 K. im Jahre 1911 auf 139.505.81 K. im Jahre 1912. Die Summe der Spareinlagen der Genossenschaftsmitglieder betrug im Jahre 1912: 650.967.64 K. gegenüber 362921.79 K. im Jahre 1911; die Zunahme beträgt somit 288.045.85 K., wenn wir hier noch die im Jahre 1912 zurückgezahlten, respektive herausgenommenen 602.417.21 K. hinzurechnen, so ist festzustellen, daß die Genossenschaftsmitglieder im Jahre 1912 bei der Sparabteilung der Genossenschaft 890.463.06 K. deponiert hatten.

Auch in der Provinz macht die Genossenschaftsbewegung erfreuliche Fortschritte. Die Konsumgenossenschaft in Székesfehérvár weist für 1912 einen Jahresumsatz von 65.226 K. aus, die in Hódmezővásárhely einen solchen von 27.448 K. Arbeiterkonsumgenossenschaften bestehen ferner in Békéscsaba, Szarvas, Szeged, Verbics und Szabadka; als jüngste ist die der Eisenbahnarbeiter in Ruttká zu nennen.

Die Allgemeine Konsumgenossenschaft hat auch schon mit dem Produzieren von Waren im eigenen Betriebe mit Erfolg begonnen und wird, wenn auch die Werbeaktion der Genossen, das heißt die Organisierung der Konsumenten, Fortschritte macht, gewiß bald auf den Großbetrieb übergehen und noch größere Erfolge aufweisen können.

# Anhang.

\*

## Das „Wahlrecht,, des Grafen Tisza.

Aus dem Berichte geht hervor, daß die konterrevolutionäre Politik der ungarischen feudalen Reaktion nur den einzigen Sinn hatte: die Wahlreform je elender zu gestalten.

Wie sehr dies leider der Reaktion gelungen ist, dafür diene als Zeugnis das nachfolgende: In jedem anderen Wahlgesetz ist in einem kurzen Paragraph klipp und klar dargelegt, *wer wahlberechtigt ist*. Um nun die Arbeiterschaft Ungarns mit dem wichtigsten Punkten bekanntzumachen, wares notwendig, nebst einer von einem der besten Advokaten verfaßten volkstümlichen Broschüre auch noch folgende aufklärende Karikaturzeichnungen zu machen, die hinsichtlich der Wahlberechtigung Aufklärung geben soll.

Die *Erhebung* des Wählers, die allerorten durch 3—4 Fragen erledigt werden kann, mußte bei uns durch einen aus 21 äußerst komplizierten Fragen konstruiert werden. Wir fügen dem Berichte sowohl die Wahlberechtigungserläuterung, als auch den sonderbaren Fragebogen bei und glauben damit ein zu interessantes Dokument der Internationale geliefert zu haben.

# Wer ist wahlberechtigt?

**Der industrielle Arbeiter** oder Privatangestellte ist wahlberechtigt, wenn er **30 Jahre** alt, ungarischer Staatsbürger ist, seit einem Jahre in derselben Gemeinde wohnt und in irgend einem Industrie-, Verkehrs- oder Handelsunternehmen seit wie kurzer Zeit immer angestellt ist und

wenn

I. er ein Zeugnis über die **6. Klasse** der Volksschule besitzt

oder

II. ein Zeugnis über die **2. Klasse** des Gymnasiums, der Real- oder Bürgerschule besitzt

oder

III. das Zeugnis der **4. Klasse** der Volksschule **und** das Zeugnis der **2. Klasse** der Gewerbe- oder Handelslehrlingsschule besitzt

oder

IV. das Zeugnis der **3. Klasse** der Lehrlingsschule besitzt

oder

wenn er **Landwirtschaftsarbeiter, Gesindearbeiter** oder **häuslicher Diener** ist, und einer der in den Vierecken I. oder II., oder III. oder IV. aufgezählten Anforderungen entspricht, und

außerdem

V. **bei demselben Arbeitgeber seit 3 Jahren ständig angestellt ist.**

Derjenige **industrielle Arbeiter** oder **Handelsangestellte**, der die auf der vorgehenden Seite in den I. oder II., oder III. oder IV. Vierecken aufgezählten Zeugnisse nicht zur Hand hat, ist wahlberechtigt, wenn er **30 Jahre** alt, ungarischer Staatsbürger ist, seit einem Jahr in derselben Gemeinde wohnt, **lesen und schreiben kann**, dies vor der die Liste anlegende Kommission beweist **und**

I. wenn er **Lehrling** war und durch das Zeugnis der Gewerbebehörde beweist, daß er **freigesprochen** wurde

oder

II. wenn er in den letzten **5 Jahren** in demselben Industriezweig **3 Jahre lang gearbeitet hat**, wenn auch mit Unterbrechungen und nicht bei einem, sondern bei mehreren Arbeitgebern

oder

wenn er **Landwirtschafts- oder Gesindearbeiter, oder häuslicher Diener** ist

und

III. **bei demselben Arbeitgeber seit 5 Jahren ständig angestellt ist**

Wahlberechtigt ist, der auf Grund einer Gewerbe- oder Konzession **selbständiger Handwerker oder Händler** ist, oder auf den bei welcher Beschäftigung immer für Haus- oder Grundbesitz (z. B. der Kleinbauer) **mindestens 2 Kronen** direkte Staatssteuern ausgeworfen sind, **30 Jahre alt**, ungarischer Staatsbürger ist, seit einem Jahre in derselben Gemeinde wohnt

und

I.

wenn er das Zeugnis über die **6. Klasse** der Volksschule besitzt

oder

II.

wenn er ein Zeugnis der **2. Klasse** des Gymnasiums, der Real- oder Bürgerschule besitzt

oder

III.

wenn er ein Zeugnis über die **4. Klasse** der Volksschule **und über die 2. Klasse** der Gewerbe- oder Handels-Lehrlingsschule besitzt

oder

IV.

wenn er ein Zeugnis über die **3. Klasse** der Lehr-lingsschule besitzt.

Wer auf Grund einer Gewerbe- oder Konzession **selbständiger Handwerker oder Händler** ist und die auf der vorhergehenden Spalte in den Vierecken I oder II, oder III oder IV aufgezählten Zeugnisse nicht besitzt ist wahlberechtigt, wenn er **30 Jahre alt**, ungarischer Staatsbürger ist, seit einem Jahre in derselben Gemeinde wohnt, **lesen und schreiben kann**, dies vor der Kommission, die die Wählerliste anfertigt, beweist und

I.

**mindestens einen Hilfsarbeiter** ständig beschäftigt

oder

II.

wenn er **keine** Hilfsarbeiter beschäftigt, aber auf ihn entweder von einer **Steuer-gattung** **mindestens 10** oder von mehreren **Steuer-gattungen** **zusammen mindestens 20 Kronen** direkte Staatssteuern ausgeworfen sind.

oder

bei **jeglicher Art von Beschäftigung** (zum Beispiel ein Kleinbauer ist),

III.

wenn auf ihn an einer oder an mehrerer Steuer-gattungen **zusammen mindestens 20 Kronen** direkte Staatssteuern ausgeworfen sind

**Wir ersuchen, diesen Fragebogen genau auszufüllen, damit wir Ihnen bei Erwirkung des Wahlrechtes mit Erfolg behilflich sein können**  
 Nur derjenige fülle vorliegenden Bogen aus, der mit 31. März 1915 das 30. Lebensjahr vollendet, d. h. also, der vor dem 31. März 1885 geboren wurde.

## FRAGEBOGEN

Frage	Erklärung
1. Name? .....	Vor- und Zuname.
2. Wann geboren? .....	Jahr, Monat und Tag. Z. B.: 1876, 13. Dezember.
3. Wohnung: Ort: ..... Bezirk: ..... Gasse: ..... Hausnummer: ..... Stock: ..... Tür: .....	Die Wohnung muß sehr genau angegeben werden.
4. Seit wann wohnen Sie in diesem Orte? .....	Z. B.: Seit 3 Monaten. Oder: Seit 2 Jahren u. s. w.
5. Welche von den nachfolgend angeführten Schulen haben Sie mit Erfolg besucht? a) die 6. Klasse Volksschule..... b) oder die 2. Klasse Bürger- oder eine 2. Klasse Mittelschule (Real oder Gymnasium)..... c) oder die 2. Klasse Volksschule und 2. Klasse Lehrlingsschule..... d) oder die 3. Klasse Lehrlingsschule.....	Diese Fragen werden, je nachdem, mit Ja! oder Nein! beantwortet.
6. Sind Sie im Besitze eines Zeugnisses über die absolvierten Schulklassen?.....	Wenn Sie das betreffende Zeugnis haben, dann schreiben Sie: Ja! wenn nicht, dann Nein! Wenn Sie sich das Zeugnis erst beschaffen wollen, dann schreiben Sie ebenfalls: Nein!
7. Können Sie lesen und schreiben?.....	Ja! oder Nein!
8. Haben Sie vor einer behördlichen Kommission Prüfung im Lesen und Schreiben abgelegt? .....	Anworten Sie kurz: Ja! oder Nein!
9. Haben Sie ein Prüfungszeugnis erhalten?.....	Auch hier nur: Ja! oder Nein!

**Wenden!**

Frage	Erklärung
10. Was ist Ihre Beschäftigung? .....	Die Beschäftigung muß genau umschrieben werden Z. B.: Maschinenschlossergehilfe, Holzdrechslergehilfe, Schriftsetzer, Privatbeamter, oder: Hilfsarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Kellner usw.
11. Wurden Sie als Gewerbe- oder Kaufmannslehrling freigesprochen? .....	Ja! oder Nein!
12. Haben Sie ein Zeugnis oder Lehrbrief, womit Sie beweisen können, daß Sie freigesprochen wurden? .....	Ja! oder Nein!
13. Waren Sie Unteroffizier? .....	Ja! oder Nein!
14. Haben Sie seit 1909, d. h. also innerhalb der letzten 5 Jahre in Ihrem jetzigen Berufe zusammengenommen drei Jahre gearbeitet?.....	Ja! oder Nein! Antworten Sie auch dann mit Ja! wenn Sie drei Jahre mit Unterberechnungen und nicht immer bei einem, sondern bei mehreren Arbeitgebern in ein und demselben Fache gearbeitet haben. Z. B.: Wer in den letzten 5 Jahren 2 1/2 Jahre als Kellner und 1 1/2 Jahre als Fabrikshilfsarbeiter arbeitete, antwortet mit Nein! Derjenige jedoch, der 3 Jahre oder länger in einem Fache (z. B. als Hilfsarbeiter) und nur 2 Jahre in einem anderen Fache arbeitete, antwortet mit Ja!
15. Arbeiten Sie seit 5 Jahren ohne Unterbrechung bei Ihrem jetzigen Arbeitgeber?.....	Ja! oder Nein!
16. Waren Sie in der Wählerliste vom Jahre 1913 aufgenommen?.....	Ja! oder Nein!

**Auf die folgenden Fragen mögen nur selbständige Gewerbetreibende und Kaufleute, oder Haus-, Grund- und Bodenbesitzer (Landwirte) antworten.**

17. Betreiben Sie selbständig Handel oder Gewerbe?.....	Ja! oder Nein!
18. Haben Sie einen Gewerbeschein oder eine Gewerbebelizenz?.....	Ja! oder Nein!
19. Wieviel Gehilfen oder Hilfsarbeiter beschäftigen Sie?.....	Genau Anzahl angeben.
20. Wurden Ihnen direkte Staatssteuern vorgeschrieben? (Grund-, Haus-, Einkommen-, Rentensteuer usw.).....	Ja! oder Nein!
21. Wie hoch ist die Summe der Staatssteuer, die Ihnen im abgelaufenen Jahre vorgeschrieben wurde? (Zur Staatssteuer rechnen Sie die für Ihre Gattin und Kinder eventuell zu zahlende Haus- und Grundsteuer hinzu.).....	Die Höhe der Summe ist genau anzugeben.